

Pro Militia



Armee-Aufklärungsdetachment 10. Kommando
Spezialkräfte (KSK). Foto VBS/DDPS

Inhaltsverzeichnis/ Table des matières/ Indice

2	EDITORIAL
3-6	DIE SICHERHEITSPOLITIK DER SCHWEIZ
7-10	LA POLITIQUE DE SÉCURITÉ DE LA SUISSE
11-14	LA POLITICA DI SICUREZZA DELLA SVIZZERA
15	SSI-TIRO DEL VETERANO
16	IST ÖSTERREICH VORBILD FÜR DIE SCHWEIZ?

Sicherheitspoliti- scher Bericht soll verbindlich werden

Sicherheitspolitik ist ein Eckpfeiler der Eidgenossenschaft. Sie kostet Geld. Das Geld bewilligt die Legislative. Den «Einkaufszettel» schreibt der Bundesrat in seinem «sicherheitspolitischen Bericht» (SIPOL). Auf diesem Hintergrund fordert die Vereinigung Pro Militia: Die Sicherheitspolitischen Berichte des Bundesrates sind in Zukunft dem Parlament zur Genehmigung vorzulegen. Der so verabschiedete Sicherheitspolitische Bericht würde damit zum allgemein gültigen «Rahmen der Sicherheitspolitik der Schweiz».

Pro Militia hat sich in einer Vernehmlassungsantwort zum Entwurf des SIPOL 2021 geäußert. Lesen Sie hier, warum das aktuell gültige Konzept der Führung auf Bundesebene in Krisen aus Sicht von Pro Militia nicht überzeugt.

► Weiter auf Seite 3

GLAUBWÜRDIGE MILIZARMEE

Liebe Vereinsmitglieder, geschätzte Leserinnen und Leser

Pro Militia setzt sich für eine glaubwürdige Milizarmee ein, die für allfällige Einsätze entsprechend ausgerüstet ist und neben Überwachungs- und Bewachungsaufgaben auch Kampfaufträge erfüllen kann. Ohne Luftschirm geht aber gar nichts, daher ist die Beschaffung der neuen Kampfflugzeuge ein Muss. Über die von der politischen Linken und der GSoA lancierten Initiative zur Verhinderung der Beschaffung des in einer seriösen Evaluation als Sieger erklärten F-35 Kampffjets werden wir erneut abstimmen müssen. Natürlich sind Bedrohungen nicht nur aus der Luft und dem Boden für unser Land zu berücksichtigen, sondern auch aus dem Cyberspace. Die Schweizer Armee tut gut daran, sich auch auf diesem Gebiet zu verstärken, was mit einem speziell für die Cyberabwehr geschaffenen Bataillon bald Realität werden soll. Ihnen allen eine gute Zeit. Bleiben Sie gesund!

*Major aD Theo Biedermann,
Präsident a.i. Pro Militia*

ESERCITO DI MILIZIA CREDIBILE

Cari membri dell'associazione, cari lettori

Pro Militia si impegna a creare un esercito di milizia credibile che sia adeguatamente equipaggiato per le possibili missioni e che possa adempiere compiti di sorveglianza e di guardia come pure missioni di combattimento. Senza un sostegno aereo funzione niente, perciò l'acquisto del nuovo aereo da combattimento è un must. Dovremo votare presumibilmente di nuovo sull'iniziativa lanciata dalla politica sinistra e dal GSoA per impedire l'acquisto del nuovo aereo da combattimento F-35, che ha vinto in una valutazione trasparente. Naturalmente, le minacce contro il nostro paese non provengono solo dal suolo e dall'aria, ma anche dallo spazio cyber devono essere prese in considerazione, ma anche dal cyberspazio. L'Esercito svizzero è intento a rafforzarsi anche in questo settore, ragione per la quale è previsto la realizzazione di un battaglione creato appositamente per la difesa cibernetica. Con i miei migliori auguri, anche per una buona salute!

*Maggiore a.D. Theo Biedermann,
Presidente a.i. Pro Militia*

POUR UNE ARMÉE DE MILICE CRÉDIBLE

Chers membres, chers lecteurs,

Pro Militia s'engage pour une armée de milice crédible, équipée adéquatement pour faire face à tout engagement éventuel et capable tant de mener le combat que d'effectuer des missions de surveillance ou de garde. Ces engagements ne peuvent s'effectuer sans couverture aérienne. C'est pourquoi l'acquisition d'avions de combat modernes est une nécessité. Dans ce cadre, nous allons à nouveau voter sur l'acquisition d'avions de combat à travers l'initiative lancée par la gauche et le GSsA contre l'acquisition du F-35 – malgré que cet appareil ait remporté le processus d'évaluation sérieux mis en place. Dans le même temps, il est nécessaire de tenir compte des autres types de menaces qui pèsent sur notre pays. Au-delà des dimensions terrestres et aériennes, notre armée doit renforcer ses capacités cyber. Ce renforcement devrait bientôt devenir une réalité avec la création d'un bataillon dédié à la cyberdéfense. En attendant, bien à vous tous et restez en bonne santé!

Major à disp. Theo Biedermann, Président (a.i.) Pro Militia

Bericht des Bundesrats: Die Sicherheitspolitik der Schweiz

1 Zum politischen Gewicht der sicherheitspolitischen Berichte des Bundesrats

«Die Sicherheitspolitik. Bericht des Bundesrats» (Entwurf, Stand: 14. April 2021) ist ein Dokument, in welchem der Bundesrat seine Sicht zur Sicherheit in der Schweiz festhält. Zu dieser Sicht gehören:

- eine Lagebeurteilung,
- die Darstellung der realen Vorkehrungen zum Erhalt der Handlungsfreiheit und des Territoriums der Schweiz und
- die Festlegung prophylaktischer Vorkehrungen für den Fall, dass Handlungsfreiheit und Territorium der Schweiz in Zukunft essentiell bedroht wären.

Sicherheitspolitik ist ein Eckpfeiler der Eidgenossenschaft; und sie kostet Geld. Das Geld bewilligt die Legislative. Den «Einkaufszettel» schreibt der Bundesrat in seinem «sicherheitspolitischen Bericht» (SIPOL). Auf diesem Hintergrund fordert die Vereinigung «Pro Militia» (PM):

Die Sicherheitspolitischen Berichte des Bundesrates sind in Zukunft dem Parlament zur Genehmigung vorzulegen. Der so verabschiedete Sicherheitspolitische Bericht würde damit zum allgemein gültigen «Rahmen der Sicherheitspolitik der Schweiz».

Der Entwurf des Sicherheitspolitischen Berichts kann unter <https://www.news.admin.ch/news/message/attachments/66420.pdf> eingesehen oder heruntergeladen werden.

2 Zu inhaltlichen Aspekten

2.1 Lage

SIPOL 2021 Kapitel 2.1.4 (Seite 5):

In der Beurteilung der Lage ist von der «gesellschaftlichen Polarisierung» die Rede. Eine Auseinandersetzung mit der Frage, wie man den negativen Aspekten des «Zeitgeistes» begegnen könnte, fehlt jedoch. PM hat dazu in der ASMZ 4/2021 (S. 44–46) ein fundiertes Dokument publiziert.

SIPOL 2021 Kapitel 2.1.5 (Seite 7):

Es steht:

«Klassische Abschreckung allein ist weitgehend wirkungslos geworden; es braucht das Zusammenspiel von zivilen und militärischen Mitteln und verstärkte Resilienz.»

Zwei Fragen dazu:

1. Wie soll das Zusammenspiel von zivilen und militärischen Mitteln konkret erfolgen?
2. Was ist in diesem Zusammenhang konkret mit «Resilienz» gemeint?

2.2 Hybride Konfliktführung

Im SIPOL 2021 ist in Kapitel 1.2.5 (Seite 6) eine umfassende Definition des hybriden Konfliktes gegeben. Die Fokussierung der Verteidigungspolitik auf die hybride Konfliktführung **darf aber auf keinen Fall als Vorwand für einen zukünftigen Verzicht auf schwere Kampfmittel** dienen.

2.3 Mittel der Armee

Es genügt nicht, dass im SiPOL in Kapitel 4.2.3 (Seite 32) festgehalten wird:

«... und im Fall eines Angriffs verteidigen zu können, werden neue Kampfflugzeuge und ein System zur bodengestützten Luftverteidigung beschafft.»

Die Beschaffung von Mitteln für die Armee (Kampfflugzeuge, Mittel des Heeres) hängt erheblich von politischen Einflussfaktoren wie der **Finanzierung** ab. Wege der Finanzierung zur Erneuerung der Armee werden im Bericht nicht aufgezeigt. Jedes strategische Ziel ist nur dann erreichbar, wenn auch die Mittel für den Weg zum Ziel bereitstehen.

2.4 Neutralität

Die dauernde Neutralität der Schweiz gründet auf dem «Abkommen betreffend die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte und Personen im Falle eines Landkriegs» (Haager Abkommen). Das Abkommen wurde am 18. Oktober 1907 in Den Haag abgeschlossen und am 4. April 1910 von der Bundesversammlung genehmigt. Die Schweizeri-

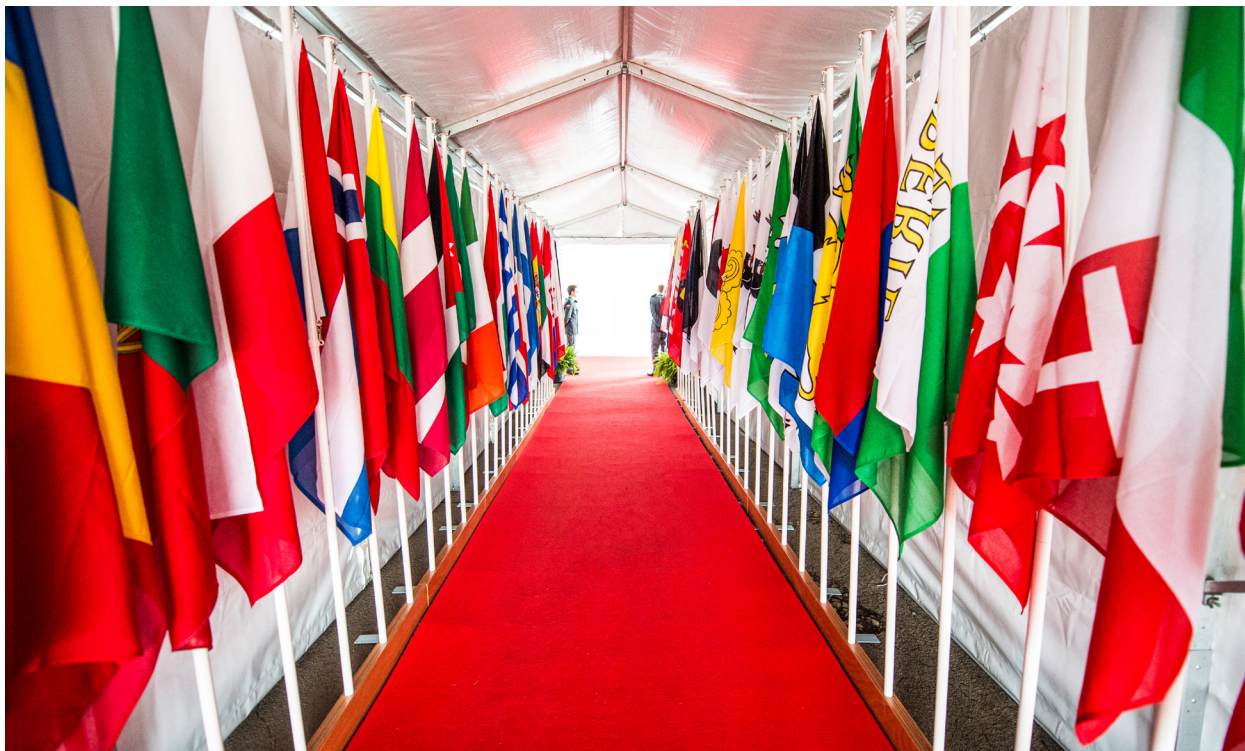


Foto: VBS/DDPS – Yves Bachmann

sche Ratifikationsurkunde wurde am 12. Mai 1910 hinterlegt. Am 11. Juli 1910 trat das Abkommen für die Schweiz in Kraft.

Die Neutralität kommt nur auf vier Seiten zur Sprache: die Neutralität selber auf den **Seiten 17 und 23**, das Neutralitätsrecht auf den **Seiten 34 und 35**. Das ist in einem sicherheitspolitischen Bericht, der sich mit den aktuellen und in Zukunft möglichen Bedrohungen befasst, äusserst mager.

Auf **Seite 2** des Entwurfs des SIPOL 2021 steht: *Der Sicherheitspolitische Bericht ist abgestimmt auf die Botschaft zur Legislaturplanung 2019–2023 vom 29. Januar 2020 und ist dort als Massnahme aufgeführt zur Umsetzung von Ziel 15: «Die Schweiz kennt die Bedrohungen ihrer Sicherheit und verfügt über die notwendigen Instrumente, um diesen wirksam entgegenzutreten».*

Während die Schweiz zur Bewältigung mehrerer niederschwelliger Herausforderungen selber über die notwendigen Instrumente verfügt, **fehlen ihr für die Bewältigung eines erheblichen Konfliktes im Alleingang die Mittel.**

Der **Bundesrat** beauftragte 1991 eine Studiengruppe, die **dauernde Neutralität der Schweiz gründlich zu analysieren**. Die Resultate wurden 1993 als «Anhang zum Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den 90er Jahren» veröffentlicht. In diesem Anhang stehen die folgenden Gedanken: *«Diese Konventionen [Haager Konventionen¹ von 1907] sind zwar in verschiedener Hinsicht veraltet und den militärischen Umständen des ausgehenden 20. Jahrhunderts nicht mehr angepasst, sie haben aber in den Grundzügen nach wie vor Gültigkeit. Die erst später entstandenen sogenannten Vorwirkungen der Neutralität sind dagegen vom jeweiligen aussenpolitischen Umfeld abhängig.»*

«Insbesondere ist nach traditioneller Praxis und Rechtsanschauung dem Neutralen nicht verwehrt, mit militärischen Stellen anderer Staaten gemeinsame Abwehrmassnahmen vorzubereiten.»

«Die Neutralität soll die Sicherheit des Landes fördern, nicht die Verteidigungsfähigkeit schmälern. Sie darf den neutralen Kleinstaat nicht daran hindern, die nötigen Vorkehrungen gegen neue Bedrohungen zu treffen und allfällige Lücken in seinem Verteidigungsdispositiv durch

¹ Der Begriff ist identisch mit dem Begriff «Haager Abkommen».

grenzüberschreitende Vorbereitungen der Abwehr zu schliessen. Wenn im ausgehenden 20. Jahrhundert die Verteidigung aufgrund der Waffenentwicklung nur mehr durch eine teilweise Zusammenarbeit mit dem Ausland sicherzustellen ist, so muss diese Kooperation im Rahmen gewisser Grenzen als mit Sinn und Geist der Neutralität vereinbar betrachtet werden.»

Das zitierte Dokument kann über https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/1994/1_153___/de eingesehen und heruntergeladen werden.

Die **Schweiz** hat also nicht nur das Recht, sondern auch die **Pflicht, jene militärischen Vorkehren zu treffen, die nach Treu und Glauben von ihr gefordert werden können**, um sich in Zukunft erfolgreich gegen Angriffe zu verteidigen. – Und weiter steht:

«Der Bundesrat will den neuen Bedrohungsformen unter anderem auch durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit begegnen. Dabei stellt die Neutralität kein Hindernis dar. Aus der Sicht der Neutralität wäre es auch möglich, wenn die Schweiz nähere Kontakte zur NATO und WEU² aufbauen würde. Beide stehen der KSZE³ als Instrumente zur Friedensmission zur Verfügung.»

Pro Militia kommt auf dem Hintergrund dieses Textes zu den folgenden drei Schlüssen:

1

Das Faktum, dass die Schweiz sich nicht mehr genügend lange wird autonom verteidigen können, muss dringend zur Kenntnis genommen werden. Begründung: Die Waffentechnologie hat sich rasant entwickelt mit Hochleistungsjets, Abstandswaffen und Kampfdrohnen. Reichweiten, Treffgenauigkeit und Wirkungen im Ziel sind massiv angestiegen. Wenn der Gegner an der Landesgrenze steht oder die Landesgrenze gar überschritten hat, wird es für eine effektive Abwehr zu spät sein.

2

Der Grundsatz, dass sich die Schweiz zu jeder Zeit wird selber verteidigen können, muss angesichts der neuen Militärtechnologie und der damit verbundenen Kosten revidiert werden. Die Schweiz investierte in den 1960er Jahren jährlich zirka 2.5% des Brutto-Inlandproduktes (BIP) in die Verteidigung. Seit 2007 sind es noch 0.7%.

3

Die «neue Frage» lautet: Wie wird die dauernde Neutralität an die neuen Bedingungen für die Verteidigung der Schweiz im Ernstfall angepasst werden müssen? (siehe Kapitel 2.4).

Der heutige Weg der Sicherheitspolitik zwischen «Splendid isolation» und minimaler, niederschwelliger Kooperation der Schweiz mit fremden Staaten führt nicht in die Zukunft. In der Verteidigungspolitik müssen dringend Voraussetzungen für eine nachhaltige Zusammenarbeit mit Partnern geschaffen werden.

Eine Kooperation mit der NATO – ohne Bündnisbeitritt – oder mit NATO-Mitgliedstaaten in Friedenszeiten ist nur auf der Basis des Grundsatzes: «Ich gebe, damit Du gibst», möglich. Die Schweiz müsste also auch substantielle Beiträge an die NATO leisten.

Die NATO Mitglieder sind sich bewusst, dass kein Mitglied im Alleingang überleben können. Und die Schweiz? Auch die Schweiz wird den Alleingang nicht (mehr) schaffen. Die Schweiz leistet bescheidene Beiträge an die NATO im Rahmen von Peace Support Operations (PSO). Die Schweiz müsste – langfristig geplant – Überlegungen anstellen, welche hochwertigen Leistungen sie der NATO grundsätzlich anbieten könnte. Eine solche Kooperation müsste der verteidigungspolitischen Strategie der Schweiz entsprechen. Sie

² Die Westeuropäische Union (WEU) wurde am 23. Oktober 1954 gegründet und am 30. Juni 2011 aufgelöst. Die WEU wurde in die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU überführt.

³ Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) wurde 1995 in die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) überführt.

würde helfen, Schwachstellen in der Gegenwart und den Bedarf an Mitteln und Konzepten für die Zukunft früh genug zu erkennen. Eine militärische Kooperation in Friedenszeiten verstösst nicht gegen das Neutralitätsrecht, sofern sich die Schweiz dadurch nicht in spätere kriegerische Handlungen in Europa hineinziehen lässt.

2.5 Krisenmanagement auf Stufe Bund

Die Art und Weise, wie der Bund und die Kantone die Corona-Pandemie bewältigt haben, kann mit der Note «genügend» beurteilt werden. Für die weitere Bewältigung der Pandemie und anderer nationaler Katastrophen muss aber die Note «fünf» erreicht werden. Wie könnte dies geschehen? – PM fordert:

In einer Krise, welche grössere Teile der Schweiz oder sogar die ganze Schweiz betrifft, muss der Bund die Führung klar und so effektiv wie möglich übernehmen, auch wenn die Schweiz ein föderaler Rechtsstaat ist. Die Führungsentscheide müssen professionell und zeitgerecht vorbereitet werden. Dazu wird ein permanenter Bundesführungsstab benötigt.

Im Entwurf des SIPOL 2021 werden wohl die möglichen Führungsgremien, die bei einer umfassenden Krise in den Einsatz kommen könnten, aufgezählt. Überschneidungen, auf welche man stösst,

bleiben jedoch kommentarlos stehen. Und es werden ausschliesslich Gründe angegeben, **warum es nicht möglich sein soll, einen permanenten Führungsstab auf Bundesebene einzurichten**. Die Erfahrungen seit März 2020 während der jetzigen Corona-Pandemie haben unmissverständlich gezeigt, wie notwendig ein permanenter professioneller Führungsstab auf Bundesebene gewesen wäre. PM meint:

Das im Entwurf des SIPOL 2021 publizierte aktuell gültige Konzept der Führung auf Bundesebene in Krisen überzeugt nicht, weil der Eindruck besteht, dass auf der Basis des Konzepts des Bundes in Krisensituationen

- nicht aus einer Hand und nicht mit einer Hand geführt wird;
- die vorgesehene Kommunikation zwischen der Landesregierung und der Bevölkerung nicht jene Kraft wird entwickeln können, welche für eine Bewältigung der Krise notwendig wäre.

Ein allgemeiner, sehr lesenswerter Kommentar zum Entwurf des SIPOL 2021 kann unter <https://www.nzz.ch/schweiz/schweiz-sicherheitspolitischer-bericht-2021-zu-wenig-stringent-ld.1637587?reduced=true> gelesen werden.

Daniel Urech, Mollis, Oberst aD

Martin Oberholzer-Riss, Oberst aD



Lockheed Martin, neues Kampfflugzeug (NKF). Copyright: Aldo Wicki – VBS/DDPS

Rapport du Conseil Fédéral: La politique de sécurité de la Suisse

La politique de sécurité est une des pièces angulaires de la Confédération. Aujourd'hui, le Conseil Fédéral rédige le «Rapport sur la politique de sécurité» (RAPOLSEC), dans lequel il détaille son analyse de la situation et les investissements à effectuer pour y répondre. Le parlement a ensuite à approuver les dépenses correspondantes. Cette situation n'est pas acceptable. Pro Militia réclame que les rapports du Conseil fédéral sur la politique de sécurité soient entérinés à l'avenir par le Parlement. Le RAPOLSEC deviendrait ainsi le «document de référence général sur la politique de sécurité de la Suisse». Dans ce numéro, Pro Militia commente l'état actuel du RAPOLSEC 2021 et explique pourquoi le concept de conduite fédérale en cas de crise n'est pas convaincant en regard des enjeux actuels.

1 Le poids politique du rapport sur la politique de sécurité du Conseil fédéral

Le rapport sur la politique de sécurité (état au 14 avril 2021) est un document-clé dans lequel le Conseil fédéral expose sa vision de et pour la sécurité de la Suisse. Spécifiquement, le document :

- Effectue une évaluation de la situation ;
- Décrit les mesures à implémenter pour assurer le maintien de la liberté de manœuvre de la Suisse et la préservation de son territoire ;
- Détermine les mesures à prendre dans le cas où la liberté de manœuvre de la Suisse et son territoire seraient à l'avenir substantiellement menacés.

La politique de sécurité est une des pierres angulaires de la Confédération. Elle est du ressort du Conseil Fédéral, qui rédige le rapport sur la politique de sécurité (RAPOLSEC). Le parlement a ensuite à approuver les dépenses correspondantes. Pour Pro Militia, cette situation n'est pas acceptable. Pro Militia réclame que :

Les rapports du Conseil fédéral sur la politique de sécurité soient à l'avenir entérinés par le Parlement. Ces rapports deviendraient ainsi les « documents de référence généraux sur la politique de sécurité de la Suisse ».

Le projet de rapport sur la politique de sécurité peut être consulté ou téléchargé à l'adresse suivante : <https://www.news.admin.ch/news/messagerie/attachments/66387.pdf> (en français).

2 Sur le contenu

2.1 Situation

Chiffre 2.1.4, RAPOLSEC 2021 (page 5) :

Dans son évaluation de la situation, le rapport évoque la « polarisation sociale » comme problématique de fond. Cependant, le rapport ne mentionne pas comment contrer les effets négatifs du phénomène. Pro Militia a rédigé ce concernant un document bien étayé.

Chiffre 2.1.5, RAPOLSEC 2021 (pages 6–7) :

Sur la dissuasion militaire, le rapport indique :

« Cette dissuasion est en grande partie inefficace [...] Elle doit être complétée par un mélange d'instruments civils pour la prévention des conflits et le renforcement de la résilience de la société et de l'État face aux attaques hybrides. »

Ces affirmations appellent deux clarifications :

1. Comment devraient concrètement s'articuler les moyens civils et militaires ?
2. Qu'est-ce que le rapport entend-il par « résilience » ?



AdA bei Einsatzplanung in Kommandopanzer 93 (Kdo Pz 93) Piranha. Copyright: Philipp Schmidli – VBS/DDPS

2.2 Conduite face aux conflits hybrides

Le RAPOLSEC 2021 définit au chiffre 2.1.5 (**page 6**) les conflits dits « hybrides ». Le rapport précise ensuite justement que les moyens attribués à la politique de défense pour faire face à cette menace **ne doivent en aucun cas servir de prétexte pour renoncer à des équipements et matériels de combat lourds.**

2.3 Moyens de l'Armée

Le chiffre 4.2.3 (**pages 33–34**) mentionne l'acquisition de moyens, mais de manière incomplète :

« De nouveaux avions de combat et un système de défense sol-air seront acquis afin de [...] défendre [l'espace aérien] en cas d'attaque. »

L'acquisition de moyens militaires (avions de combat, véhicules et systèmes des forces terrestres) dépend fortement de la décision politique d'allocation des **financements** correspondants. Ce concernant, le rapport ne mentionne pas comment le développement de l'Armée (DEVA) sera financé. La réalisation de tout objectif stratégique dépend de l'attribution adéquate de moyens pour y parvenir.

2.4 Neutralité

La neutralité permanente de la Suisse se fonde sur la « Convention concernant les droits et les devoirs des Puissances et des personnes neutres en cas de guerre sur terre » (dit Accord de La Haye). Cet accord, conclu à La Haye le 18 octobre 1907,

approuvé par l'Assemblée fédérale le 4 avril 1910 et ratifié le 12 mai 1910, est en vigueur en Suisse depuis le 11 juillet 1910.

Le RAPOLSEC ne mentionne la neutralité que sur trois pages : les **pages 17 et 24** évoquent la neutralité du pays en tant que telle et la **page 36** le droit relatif à la neutralité. Ces quelques mentions sont profondément insuffisantes dans un rapport traitant des menaces (actuelles et futures) sur la Suisse.

Ce concernant, la **page 2** du rapport indique :

« [Le rapport ...] est coordonné avec le message sur le programme de la législature 2019 à 2023 du 29 janvier 2020, où il figure comme mesure de mise en œuvre de l'objectif 15 : "La Suisse connaît les menaces qui pèsent sur sa sécurité et dispose des instruments nécessaires pour y parer efficacement". »

Si la Suisse dispose des instruments nécessaires pour faire face à plusieurs défis de faible ampleur, **elle n'a pas les moyens de faire face seule à un conflit majeur.**

En 1991, le **Conseil fédéral** chargeait un groupe d'experts d'effectuer une analyse poussée de la **neutralité permanente du pays**. Les résultats de cette analyse sont publiés en 1993 sous la forme d'un « Rapport sur la politique extérieure de la Suisse dans les années 90 ». Les réflexions suivantes figurent alors dans ce document :

« Certes, ces conventions [Conventions de La Haye¹ de 1907] sont dépassées en bien des points et elles ne sont plus adaptées à la situation militaire de cette fin de siècle [XX siècle]. Elles n'en demeurent pas moins valables dans leurs principes. Ce sont plus particulièrement ce que l'on appelle les effets anticipés de la neutralité, apparus plus tard, qui dépendent du contexte géopolitique du moment. »

« Traditionnellement, la doctrine n'interdit pas aux États neutres de collaborer avec des autorités militaires d'autres États pour préparer des mesures de défense communes. »

« La neutralité a pour but d'accroître la sécurité du pays et non de restreindre sa capacité de défense. Elle ne doit en aucun cas empêcher l'État neutre de prendre les mesures nécessaires pour se défendre contre les nouvelles menaces qui se présentent et de combler, les lacunes pouvant éventuellement exister dans son dispositif de défense au moyen de préparatifs transfrontières. [...] Si les armements ont évolué, en cette fin du XX siècle, de telle sorte que nous ne pouvons plus assurer notre défense qu'en coopérant avec l'étranger dans certains domaines, cette coopération, en tant qu'elle ne dépasse pas certaines limites, doit être considérée comme compatible avec le sens et l'esprit de la neutralité. »

Le document cité peut être consulté ou téléchargé à l'adresse https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/1994/1_150_/fr (en français).

La Suisse a donc le droit de prendre les mesures adéquates pour se défendre militairement contre des agressions futures. Elle en a aussi **le devoir, conformément à ce qui peut lui être demandé en bonne foi** pour garantir sa neutralité. Le document continue :

« Pour faire face aux nouvelles formes de menaces, le Conseil fédéral a la volonté d'user, entre autres moyens, de la coopération transfrontière. [...] La neutralité de la Suisse ne s'opposerait pas non plus à ce que notre pays se rapproche de l'OTAN et de l'UEO². [...] Toutes deux sont à la disposition de la CSCE³ comme instruments de maintien de la paix. »

Sur la base des éléments précédents, Pro Militia dégage les trois conclusions suivantes :

1

Il est urgent de reconnaître que la Suisse **n'est aujourd'hui plus en mesure d'assurer de manière autonome sa défense dans le cas d'un engagement prolongé**. Raison : Le développement technologique militaire rapide des avions de combat modernes, des missiles et des drones de combat ont considérablement accru la portée, la précision et l'impact des frappes au but. Lorsque l'adversaire se trouve à la frontière ou l'a déjà traversée, il est déjà trop tard pour assurer une défense efficace.

2

Le principe selon lequel la Suisse serait en mesure de se défendre en tout temps doit être réévalué selon les technologies militaires disponibles et des coûts qu'elles impliquent. Depuis 2007, la Suisse alloue 0,7% de son produit intérieur brut (PIB) à sa défense. En comparaison, elle investissait 2,5% de son PIB en 1960.

3

La « question centrale » est celle de **comment adapter la neutralité permanente** du pays aux nouvelles conditions et nécessités de défense, surtout en cas critique ? (Voir chiffre 2.4)

En matière de politique de défense, la politique de sécurité actuelle du pays évolue entre un « splendide isolement » et une coopération minimale avec les États étrangers. Cette politique n'est pas tournée vers l'avenir. Il est urgent de créer les conditions favorables à une coopération durable entre la Suisse et ses partenaires étatiques.

Une **coopération avec l'OTAN** en temps de paix – **sans adhérer** à l'organisation – ou avec ses États membres n'est crédible que sur un mode « don-

¹ Cette dénomination est identique à celle « d'accords de la Haye ».

² L'Union de l'Europe occidentale (UEO) détermine la politique de sécurité de défense commune des États membres entre 1954 et 2011. Elle est succédée à sa dissolution par l'Union européenne.

³ La Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe (CSCE) précède jusqu'en 1995 l'Organisation pour la sécurité et la coopération en Europe (OSCE).

nant-donnant ». Dans ce cadre, la Suisse devrait donc également apporter des contributions substantielles à l'OTAN.

Si les membres de l'OTAN sont bien conscients qu'aucun d'entre eux n'est en mesure de survivre seul, la Suisse ne l'est pas. Le pays ne peut (plus) faire cavalier seul. Aujourd'hui, la Suisse apporte quelques contributions modestes à l'OTAN dans le cadre des opérations de soutien de la paix (PSO). À long terme, la Suisse aurait intérêt à réfléchir quels **services de haute qualité elle pourrait offrir à l'OTAN**. Une telle coopération devrait bien sûr correspondre au cas particulier de la Suisse et s'accorder avec sa stratégie de politique de défense. La coopération militaire en temps de paix ne viole pas le droit de la neutralité, tant que cette coopération ne risque pas d'entraîner ultérieurement la Suisse dans des actes de guerre en Europe. Ce dispositif permettrait d'identifier suffisamment tôt les faiblesses actuelles et les besoins en moyens et en concepts pour l'avenir.

2.5 Gestion de crise au niveau fédéral

La manière dont la Confédération et les cantons ont géré la pandémie de Corona peut être qualifiée de « suffisante » (avec une note de deux sur cinq).



Weitreichende Lenkwaffen Boden-Boden, Panzerjäger 90 schiesst Tow-Lenkwanne ab, Radschützenpanzer Piranha TOW 6x6, Panzerabwehrlenkwaffe. Copyright: Philipp Schmidli – VBS/DDPS

Toutefois, la gestion de la suite de la pandémie et des prochaines catastrophes d'échelle nationale doit être bien meilleure (et viser une note de cinq sur cinq). Pour ce faire, Pro Militia réclame que :

En cas de crise touchant d'importantes parties de la Suisse, voire la Suisse toute entière, la Confédération conduise les opérations de la manière la plus claire et la plus efficace possible – même si la Suisse est un État fédéral. Les décisions de conduite devraient à cet égard être préparées en temps utile et de manière professionnelle. L'existence d'un État-major de conduite fédéral permanent est nécessaire à cette fin.

Certes, le RAPOLSEC 2021 fait la liste des possibles organes de conduite qui pourraient être engagés en cas de crise globale. Le rapport ne commente cependant pas les possibles interférences entre ces organes et ne justifie pas pourquoi **il ne serait pas possible de mettre en place un état-major permanent au niveau fédéral**. Pourtant, l'expérience de la pandémie depuis mars 2020 a montré clairement à quel point un tel État-major de conduite au niveau fédéral aurait été bénéfique. C'est pourquoi Pro Militia juge que :

Le concept de conduite fédéral en cas de crise actuellement en vigueur et décrit dans le RAPOLSEC 2021 n'est pas convaincant, car il donne l'impression que :

- Personne ne guide ni ne conduit les acteurs de la gestion de crise quand une unité d'action serait nécessaire ;
- La communication entre **la Confédération et la population** ne pourrait être pleinement efficace pour sortir au plus vite de la crise, car elle serait brouillée par les multiples voix des différents organes de conduite évoqués dans le RAPOLSEC.

Une critique générale et pertinente du RAPOLSEC 2021 (version du 14 avril 2021) peut être consultée à l'adresse suivante : <https://www.nzz.ch/schweiz/schweiz-sicherheitspolitischer-bericht-2021-zu-wenig-stringent-ld.1637587> (en allemand).

Daniel Urech, Mollis, Colonel à disp.

Martin Oberholzer-Riss, Colonel (retraité)

Rapporto sulla politica di sicurezza dovrebbe diventare vincolante

La politica di sicurezza è una roccia miliare della Confederazione. Costa soldi. Il costi sono approvati dalla legislatura. Il Consiglio federale scrive la «lista della spesa» nel suo «Rapporto sulla politica di sicurezza» (SIPOL). In questo contesto, l'Associazione Pro Milizia chiede: in futuro, i rapporti del Consiglio federale sulla politica di sicurezza devono essere sottoposti al Parlamento per l'approvazione. Il rapporto sulla politica di sicurezza così approvato diventerebbe il «quadro della politica di sicurezza della Svizzera» et di validità integrante. Pro Militia ha commentato l'attuale progetto di SIPOL 2021 in una presa disposizione di consultazione. Leggete qui perché il concetto attualmente valido di leadership a livello federale nelle crisi non è convincente dal punto di vista di Pro Militia.

1 Sul peso politico dei rapporti del Consiglio federale sulla politica di sicurezza

«Politica di sicurezza. Rapporto del Consiglio federale» (progetto del 14 aprile 2021) è un documento in cui il Consiglio federale espone la sua visione della sicurezza in Svizzera. Questa vista include:

- una valutazione della situazione
- una descrizione delle precauzioni reali da prendere per preservare la libertà d'azione della Svizzera e il suo territorio, e
- la definizione di precauzioni profilattiche nel caso in cui la libertà d'azione e il territorio della Svizzera dovessero essere sostanzialmente minacciati in futuro.

La politica di sicurezza è una pietra miliare della Confederazione; e costa. Il costi sono approvati dalla legislatura. Il Consiglio federale scrive la «lista della spesa» nel suo «Rapporto sulla politica di sicurezza» (SIPOL). In questo contesto, l'associazione «Pro Militia» (PM) chiede:

In futuro, i rapporti del Consiglio federale sulla politica di sicurezza dovranno essere sottoposti al Parlamento per approvazione. Il rapporto sulla politica di sicurezza così approvato diventerebbe il «quadro della politica di sicurezza della Svizzera» di validità generale.

La bozza del rapporto sulla politica di sicurezza può essere visualizzata o scaricata su <https://www.news.admin.ch/news/message/attachments/66393.pdf> o scaricato.

2 Aspetti del contenuto

2.1 Situazione

SIPOL 2021 capitolo 2.1.4 (**pagina 5**):

La valutazione della situazione fa riferimento alla «polarizzazione sociale». Tuttavia, non si parla di come contrastare gli aspetti negativi dello «zeitgeist». Il PM ha redatto un documento ben fondato su questo.

SIPOL 2021 capitolo 2.1.5 (**pagina 7**):

Esso afferma:

«La deterrenza classica da sola è diventata largamente inefficace; sono necessari l'interazione di mezzi civili e militari e una maggiore resilienza».

Due domande su questo:

1. Come si dovrebbe realizzare concretamente l'interazione tra mezzi civili e militari?
2. Cosa si intende per «resilienza» in questo contesto?

2.2 Gestione ibrida dei conflitti

La SIPOL 2021 fornisce una definizione completa di conflitto ibrido nel capitolo 1.2.5 (**pagina 6**). Tuttavia, l'attenzione della politica di difesa sulla gestione dei conflitti ibridi non deve in nessun

caso essere usata come pretesto per rinunciare all'equipaggiamento pesante da combattimento in futuro.

2.3 Mezzi delle forze armate

Non basta quello che SiPOL afferma nel capitolo 4.2.3 (**pagina 32**):

«... e per essere in grado di difendersi in caso di attacco, saranno acquistati nuovi aerei da combattimento e un sistema di difesa aerea a terra.»

L'acquisto di risorse per l'esercito (aerei da combattimento, risorse dell'esercito) dipende significativamente da fattori di influenza politica come il **finanziamento**. I modi di finanziare il rinnovamento delle forze armate non sono identificati nel rapporto. Qualsiasi obiettivo strategico può essere raggiunto solo se sono disponibili anche i mezzi per raggiungerlo.

2.4 Neutralità

La neutralità permanente della Svizzera si basa sull' «Accordo relativo ai diritti e ai doveri delle potenze e delle persone neutrali in caso di guerra terrestre» (Accordo dell'Aia). L'accordo fu con-

cluso all'Aia il 18 ottobre 1907 e approvato dall'Assemblea federale il 4 aprile 1910. Lo strumento svizzero di ratifica è stato depositato il 12 maggio 1910. L'accordo è entrato in vigore per la Svizzera l'11 luglio 1910.

La neutralità è menzionata solo in quattro pagine: la neutralità stessa alle **pagine 17 e 23**, la legge della neutralità alle **pagine 34 e 35**. Questo è estremamente scarso in un rapporto di politica di sicurezza che tratta le minacce attuali e possibili future.

La **pagina 2** della bozza della SiPOL 2021 afferma: «Il rapporto sulla politica di sicurezza è allineato al messaggio sulla pianificazione legislativa 2019–2023 del 29 gennaio 2020 e vi figura come misura per l'attuazione dell'obiettivo 15: «La Svizzera è consapevole delle minacce alla sua sicurezza e dispone degli strumenti necessari per contrastarle efficacemente.»

Mentre la Svizzera ha gli strumenti necessari per affrontare diverse sfide di basso livello, **le mancano i mezzi per affrontare da sola un grande conflitto**.



Fehlerdiagnose an optischen Datenübertragungssystemen durch Netzwerkspezialist Führungsnetz Schweiz.
Copyright: Sina Guntern – VBS/DDPS

Nel 1991, il **Consiglio federale** ha incaricato un gruppo di studio per **analizzare a fondo la neutralità permanente della Svizzera**. I risultati sono stati pubblicati nel 1993 come «Allegato al rapporto sulla politica estera della Svizzera negli anni 1990». In questo allegato ci sono i seguenti riflessioni:

«Anche se queste convenzioni [le Convenzioni dell'Aia del 1907] sono superate sotto vari aspetti e non più adatte alle circostanze militari della fine del XX secolo, sono ancora valide nei loro tratti fondamentali. Al contrario, i cosiddetti pre-effetti della neutralità, che si sono manifestati solo più tardi, dipendono dal rispettivo ambiente di politica estera».

«In particolare, secondo la pratica tradizionale e l'opinione giuridica, la neutralità non impedisce ai neutrali di preparare misure difensive comuni con le autorità militari di altri Stati».

«La neutralità dovrebbe promuovere la sicurezza del paese, non diminuire la sua capacità di difendersi. Non deve impedire al piccolo Stato neutrale di prendere le precauzioni necessarie contro le nuove minacce e di colmare eventuali lacune nei suoi dispositivi di difesa attraverso preparativi di difesa transfrontalieri. Se, alla fine del XX secolo, la difesa può essere assicurata solo attraverso una cooperazione parziale con paesi stranieri a causa dello sviluppo delle armi, questa cooperazione deve essere considerata compatibile con il significato e lo spirito della neutralità entro certi limiti».

Il documento citato può essere visto e scaricato su https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/1994/1_153___/de.

La Svizzera ha quindi non solo il diritto ma anche il dovere di prendere le **precauzioni militari che le saranno richieste in buona fede per difendersi con successo da attacchi futuri**. – E continua a dire:

«Il Consiglio federale intende contrastare le nuove forme di minaccia, tra l'altro, attraverso la cooperazione transfrontaliera. La neutralità non è un ostacolo a questo. Dal punto di vista della neutralità, sarebbe anche possibile per la Svizzera stabilire contatti più stretti con la NATO e l'UEO. Entrambi sono a disposizione della CSCE come strumenti per la missione di pace».

Pro Militia giunge alle seguenti tre conclusioni sullo sfondo di questo testo:

1

Il fatto che, la Svizzera non sarà in grado di difendersi autonomamente per un tempo sufficientemente lungo, dev'essere riconosciuto con urgenza. Motivo: La tecnologia delle armi si è sviluppata rapidamente con jet ad alte prestazioni, armi stand-off e droni da combattimento. Gamme, precisione ed effetti sul bersaglio sono aumentati in modo massiccio. Quando il nemico è alla frontiera nazionale o l'ha addirittura attraversata, sarà troppo tardi per una difesa efficace.

2

Il principio che la Svizzera sarà in grado di difendersi in ogni momento deve essere rivisto alla luce della nuova tecnologia militare e dei costi associati. Negli anni '60, la Svizzera ha investito circa il 2,5% del suo prodotto interno lordo (PIL) nella difesa. Dal 2007, questa cifra è diminuita allo 0,7%.

3

La «nuova domanda» è: come dovrà essere **adattata la neutralità permanente** alle nuove condizioni di difesa della Svizzera in caso di emergenza? (vedi capitolo 2.4).

L'attuale percorso della politica di sicurezza tra «splendido isolamento» e cooperazione minima e a bassa soglia della Svizzera con gli Stati esteri, non porta al futuro. Nella politica di difesa, è urgente creare le condizioni per una cooperazione sostenibile con i partner.

La **cooperazione con la NATO** – senza entrare in un'alleanza – o con gli stati membri della NATO in tempo di pace è possibile solo sulla base del principio: «Io do perché tu possa dare». La Svizzera dovrebbe quindi anche dare contributi sostanziali alla NATO.

I membri della NATO sono consapevoli che nessun membro sarà in grado di sopravvivere da solo. E la Svizzera? La Svizzera non potrà andare da sola



Panzer 87 Leopard beim Fahren auf einer Landstrasse. Copyright: Thomas Cunz – VBS/DDPS

(più). La Svizzera fornisce modesti contributi alla NATO nel quadro delle operazioni di sostegno alla pace (PSO). A lungo termine, la Svizzera dovrebbe **considerare quali servizi di alta qualità potrebbe offrire alla NATO**. Tale cooperazione dovrebbe essere in linea con la strategia della politica di difesa della Svizzera. Aiuterebbe a identificare abbastanza presto le debolezze del presente e la necessità di mezzi e concetti per il futuro. La cooperazione militare in tempo di pace non viola il diritto di neutralità, a condizione che la Svizzera non si lasci trascinare in successivi atti di guerra in Europa.

2.5 Gestione delle crisi a livello federale

Il modo in cui la Confederazione e i cantoni hanno gestito la pandemia di «Corona», può essere valutato come «sufficiente». Tuttavia, per l'ulteriore gestione della pandemia e di altri disastri nazionali, dev'essere raggiunto un voto di «cinque». Come si può fare? – Richieste del PM:

In una crisi che colpisce parti più grandi della Svizzera o addirittura tutta la Svizzera, il governo federale deve prendere il comando in modo chiaro e il più efficace possibile, anche se la Svizzera è uno stato costituzionale federale. Le decisioni della leadership devono essere preparate in modo professionale e tempestivo. A questo scopo è necessario un organo di comando federale permanente.

Il progetto SIPOL 2021 probabilmente elenca i possibili organi di comando che potrebbero essere schierati in caso di crisi globale. Tuttavia, le sovrapposizioni che si incontrano sono lasciate senza commento. E si danno solo ragioni per cui **non dovrebbe essere possibile istituire un organo di comando permanente a livello federale**. L'esperienza dal marzo 2020 durante l'attuale pandemia «Corona» ha dimostrato inequivocabilmente quanto sarebbe stato necessario uno staff di comando professionale permanente a livello federale. PM propone:

Il concetto attualmente valido di leadership a livello federale nelle crisi pubblicato nel progetto SIPOL 2021 non è convincente vista l'impressione, sulla base del concetto della Confederazione nelle situazioni di crisi,

- La gestione non viene da **una sola fonte e non con una sola mano**;
- la **comunicazione prevista tra il governo federale e la popolazione** non potrà sviluppare la forza che sarebbe necessaria per superare la crisi.

Un commento generale sul progetto SIPOL 2021, che vale la pena leggere, può essere trovato su <https://www.nzz.ch/schweiz/schweiz-sicherheitspolitischer-bericht-2021-zu-wenig-stringent-ld.1637587?reduced=true>.

Daniel Urech, colonnello aD

Martin Oberholzer-Riss, colonnello (in pensione)

Tiro del veterano e «Lui e Lei» ecco i vincitori

Il Centro di tiro sportivo di Penate di Mendrisio ha accolto nei giorni scorsi il tiro organizzato da Pro Militia, con il supporto della società di tiro La Mendrisiense.

Alla manifestazione, denominata tiro Lui & Lei, ha partecipato una quarantina di tiratori. Nella categoria pistola 25 metri si è imposto Peter Bleiker (98 punti), davanti a Claudio Pellicoli (97 punti). Terzo posto per Silver Rossi (96 punti).

In campo femminile ha primeggiato Roberta Solcà con 99 punti. La competizione a coppie Lui & Lei è stata vinta da Roberta Solcà e Franco Mombelli con 191 punti.

La lunga distanza, quella della categoria fucile 300 metri, ha visto al primo posto Gabriele Tela (92 punti), seguito dal Presidentissimo della Mendrisiense, Athos Solcà (90 punti) e dal poschiavino Ilario Costa (88 punti).

Giorgio Piona



Tiro Pro Militia



Tiratore veterano

La classifica:

PISTOLA 25 M

Rango	Cognome e nome	Punti	Società
1	Mombelli Franco – Solca Roberta	191	PM
2	Puricelli G. – Zucchetti R.	180	PM
3	De Angelis Stefano e Maria	125	CUDL/STG

FASS 300 M

1	Quattropani S. – Lazzaroni R.	164	CUDL
---	-------------------------------	-----	------

PISTOLA 25 M – UOMINI

Rango	Cognome e nome	Punti	Società
1	Bleiker Peter	98	PM
2	Pellicoli Claudio	97	PM
3	Rossi Silvestro	96	PM
	De Angelis Stefano	95	CUDL/STG
	Costa Ilario	95	PM
	Peretti Manuel	95	PM
	Monigatti Edy	94	Pm
	Polli Angelo	94	PM
	Mombelli Franco	92	PM
	Crameri Leo	91	PM
	Cavadini Sergio	90	PM
	Puricelli Giordano	89	Pm
	Plozza Aldo	88	PM
	Brenna Eolo	86	PM
	Baracchi Giordano	82	PM
	Mariani Tiziano	77	PM
	Valsangiacomo Luciano	67	PM
	Bianchi Hannimon	20	PM

PISTOLA 25 M – DONNE

Rango	Cognome e nome	Punti	Società
1	Solca Roberta	99	PM
2	Zucchetti Raffaella	91	PM
3	De Angelis Maria	30	CUDL/STG

Rango	Cognome e nome	Punti	Società
1	Tela Gabriele	92	PM
2	Solcà Athos	90	PM
3	Costa Ilario	88	PM
	Quattropani Samuele	88	CUDL/PM
	Bacciarini Olindo	87	PM
	Valsangiacomo Luciano	84	PM
	Piona Giorgio	82	PM
	Bianchi Hannimon	80	PM
	Gaggiotti Nazzareno	75	PM
	Sala Danna Enrico	75	PM
	Pellicoli Claudio	69	PM
	Crivelli Arnoldo	68	PM
	Peretti Manuel	66	PM

FASS – MOSCHETTO 300 M – DONNE

Rango	Cognome e nome	Punti	Società
1	Lazzaroni Rosanna	76	CUDL / PM

Ist Österreich Vorbild für die Schweiz?

Mit meinem Kameraden, General aD Engelbert Lagler, ehemals Kommandant des 2. Korps, unterhielt ich während unserer Kommandozeit rege Kontakte mit Meinungsaustausch. Diese bestehen noch heute. Lagler hat mir einen Zeitungsartikel geschickt («Die Presse» 15.06.21) mit folgenden wesentlichen Aussagen:

- Die Heeresführung und das Verteidigungsministerium stehen vor einer grossen Strukturreform;
- Die Verwaltung soll von der Truppe getrennt und massiv schlanker werden;
- Statt fünf Sektionen soll es künftig für die reine Verwaltungsarbeit drei geben, zwei davon sollen von Zivilisten geführt werden;
- Der Generalstab soll Generaldirektion für die Landesverteidigung und zugleich Ministerium für das Bundesheer werden.

Diese klare Trennung von Verwaltung und militärischer Führung sowie eine massive Reduktion der Verwaltung wäre auch in der Schweiz dringend notwendig. Wozu brauchen wir für die kleine Armee von heute 50 Generäle, die grossmehrheitlich in der Verwaltung in Bern sitzen?

Korpskommandant aD Simon Küchler, Steinen

Werden Sie Mitglied von Pro Militia!

Anmeldetalon nur für Neumitglieder

Devenez membre de Pro Militia!

Uniquement pour de nouvelles admissions

Diventate soci di Pro Militia!

Da utilizzare solo dai nuovi soci

Name / nom / cognome

Vorname / prénom / nome

Geburtsdatum / date de naissance / data di nascita

Strasse Nr. / rue n° / via e n°

PLZ, Wohnort / NPA, domicile / NPA, domicilio

Datum / date / data

Unterschrift / signature / firma

Bitte einsenden an / renvoyer s.v.p. à: Pro Militia; Postfach / Case postale 7249; 6302 Zug;
Konto / Conto Raiffeisenbank Cham-Steinhausen, 6330 Cham; IBAN: CH02 8145 5000 0956 5055 5
Jahresbeitrag Fr. 40.– / Cotisation annuelle frs. 40.–

Dal Ticino e dal Grigioni italiano spedire p. f. a: Pro Militia, Sezione della Svizzera Italiana;
Alessandra Isotta, Via dei Sindacatori 5, 6900 Massagno; Conto postale 69-1062-5

Impressum

31. Jahrgang/31e année/31° anno

Nummer/Numéro/Numero
2/2021, 15.10.2021

Abschlussdatum/Date de
clôture/Data di chiusura
30.09.2021

Druckauflage/Tirage/Tiratura
2'500

Nächste Nummer/Prochain
Numéro/Prossimo Numero
3/2021

ISSN 1662-5560

Herausgeber:
Pro Militia

Vereinigung ehemaliger und
eingeteilter Angehöriger der
Schweizer Armee / Association
d'Anciens militaires et de militaires
incorporés de l'Armée Suisse /
Associazione di ex militari e di
militari incorporati dell'Esercito
Svizzero

Präsident/président/presidente
Theo Biedermann (ad interim)

Presidente Sezione della
Svizzera Italiana (SSI)
Angelo Polli

Chefredaktor/Rédacteur en
chef/Caporedattore
Roman Jäggi,
redaktion@promilitia.ch

Geschäftsstelle/Secrétariat/
Ufficio
Postfach/Case postale/
Casella postale 7249, 6302 Zug
sekretariat@promilitia.ch

Druck und Versand/
Impression et expédition/
Stampa e spedizione
Engelberger Druck AG,
Oberstmühle 3, 6370 Stans

Copyright © Pro Militia
Alle Rechte vorbehalten/
Tous droits réservés/
Tutti i diritti riservati

Einzelverkaufspreis
CHF 5.–

Bezugsquelle
Geschäftsstelle Pro Militia



Mitglied der Vereinigung
Europäische Militärfachpresse
Membre de l'association de la
presse militaire européenne
Membro dell'associazione della
stampa militare europea